



**Armee im Einsatz.
20 Jahre Auslandseinsätze der
Bundeswehr**

**Maybritt Brehm,
Christian Koch,
Werner Ruf,
Peter Strutynski**

*Hamburg: VSA-Verlag 2012.
224 Seiten, 16,80 €.
ISBN 978-3-89965-546-9*

Zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Die Autoren zeigen den Wandel der deutschen Außenpolitik und den damit verbundenen Wandel der Bundeswehr seit dem Ende des Ost-/Westkonfliktes und der Vereinigung der BRD mit der DDR auf.

Während die deutsche Außenpolitik bis 1990 friedlich orientiert war und die BRD sich an Kriegen und Militäreinsätzen im Ausland nicht beteiligt hat, gab

es seit 1990 einen Wandel hin zu einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Dieser ging einher mit einer erneuerten Militarisierung der Außenpolitik der USA. Die deutschen Politiker wollten nach der Vereinigung in internationalen Fragen in größerem Umfang mitreden und waren daher dazu bereit, auch die deutsche Außenpolitik neu zu militarisieren. Die entsprechenden Debatten liefen dabei unter den Stichworten „Normalität“ und „Verantwortung“ (S. 16 ff.). Es wurde behauptet, dass es in einem normativen Sinne „normal“ sei und zu einer uneingeschränkten staatlichen Souveränität dazugehöre, militärisch in fremden Ländern zu intervenieren. Des Weiteren wurde der Eindruck erweckt, Deutschland müsse dies auch tun, um seiner gewachsenen weltpolitischen „Verantwortung“ nachzukommen – wobei unklar blieb, für was Deutschland da Verantwortung trage.

Die Bundeswehr wurde daher sukzessive von einer auf die Landesverteidigung ausgerichteten Wehrpflichtigenarmee mit einer hohen Truppenstärke und einem Schwerpunkt auf der Infanterie zu einer auf Interventionen im Ausland ausgerichteten Freiwilligenarmee, mit hoch qualifizierten Berufsoffizieren und einer auf Auslandseinsätze orientierten Ausrüstung umgebaut. Ein Prozess, der immer noch andauert.

Das Ziel der deutschen Sicherheitspolitik ist seit 1992: „‘Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...’ (Ziffer 8/8)“ (S. 18, Zitat im Zitat aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD von 1992). Bekanntermaßen wird seitdem die deutsche „Sicherheit“ am Hindukusch verteidigt (so der ehemalige Verteidigungsminister Struck).

Die Autoren unterscheiden in diesem Prozess drei Phasen. Eine erste Phase, die noch von einer gewissen Rechtsunsicherheit geprägt war und in der man versuchte, mit „humanitär“ begründeten und niedrigschwelligen Ein-

sätzen neue Fakten zu schaffen. Rechtlich wurde diese Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die gegen den Wortlaut des Grundgesetzes verstößt, durch die „hochproblematische Entscheidung‘ (Friedensgutachten 1995: 10) des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994“ (17) abgesegnet. Damit war die erste Phase abgeschlossen.

In der zweiten Phase bemühte man sich zwar weiterhin, die Kriegseinsätze im Ausland, besonders die Teilnahme an den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen gegen Ex-Jugoslawien (S. 78) – die den entscheidenden Dammbruch markierte – und Afghanistan „humanitär“ zu begründen, war aber nun zu Einsätzen bereit, bei denen die Bundeswehr sich unmittelbar an Kampfhandlungen beteiligte.

In der noch andauernden dritten Phase kommen nun Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der EU schwerpunktmäßig hinzu (S. 89 f.).

Von 1991 bis 2010 nahm die BRD an 34 Militäreinsätzen im Ausland teil (vgl. die Übersicht S. 86 ff.). Beispielhaft untersuchen die Autoren die Militäreinsätze Deutschlands im Kosovo, im Kongo, im Libanon, vor Somalia und in Afghanistan. Die Autoren kommen in allen Fällen zu dem überzeugenden Ergebnis, dass die Militäreinsätze die humanitäre Lage vor Ort nie verbessert und in den meisten Fällen erheblich verschlechtert haben. Sinn und Ziel aller Operationen war offensichtlich nicht die Lage in den betroffenen Ländern, sondern waren eigene politische Absichten der deutschen Politik; hierzu zählt insbesondere das Interesse Deutschlands an einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, überhaupt das Interesse an einem größeren Einfluss auf die Außenpolitik der NATO und der EU und ein ökonomisch einsetzbarer größerer Einfluss in bestimmten Regionen der Welt.

In ihrem Fazit fordern die Autoren, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu stoppen und eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben: „Es ist eine gefährliche Illusion, mit Militär dort humanitär helfen zu können, wo Menschen systematisch die Lebensgrundlagen entzogen werden, wo sie ihrer fundamentalen Rechte beraubt werden, wo sie ausgebeutet, aus religiösen, ethnischen oder sozialen Gründen diskriminiert oder politisch verfolgt werden. Alle diese Probleme und Bedrohungen haben ihre Wurzeln und Ursachen in gesellschaftlichen Verhältnissen, sind also im weitesten Sinne ‘zivilen’ Ursprungs. Sie können demnach auch nur mit zivilen, nicht-militärischen Mitteln bearbeitet werden. Jede Prävention, jede Form ziviler Konfliktbearbeitung, jeder Einsatz politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Mittel ist besser und nachhaltiger als eine militärische Symptombehandlung“ (S. 192 f.). Dem kann man aus humanistischer Perspektive nur zustimmen.

Der Abdruck einiger Dokumente zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik schließt diesen gelungenen Band ab.

Thomas Heinrichs